

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Fernsprech-Anschluß Nr. 55.

Bestellungen für Anzeigen aus Aus- und In- und Ausland an die Redaktion, unter Angabe der Zeitdauer, des Tages, der Spaltenzahl, des Betrages, des Namens des Bestellers, an welcher Stelle des Blattes, am besten 24 Stunden vor dem Erscheinen.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 116

Freitag, den 21. Mai 1926

21. Jahrgang

### Regierungserklärung und Aussprache der Parteien

Fortsetzung der Locarno-Politik. — Flaggenverordnung und Fürstenabfindung.

Berlin, 19. Mai. Bei Eröffnung der Reichstagsitzung verliest Reichskanzler Dr. Marx die Regierungserklärung:

Die Reichsregierung, die am heutigen Tage vor die deutsche Volksvertretung tritt, setzt sich mit Ausnahme des Kanzlers aus denselben Männern zusammen wie das Kabinett Luther. Reichskanzler Dr. Luther ist aus unserer Mitte geschieden. Ueber drei Jahre hat er seine ganz außergewöhnliche Kraft in den Dienst des Reiches und des Volkes gestellt. Zunächst als Ernährungsminister, dann als Finanzminister und seit Januar 1925 als Reichskanzler hat er bei außerordentlich bedeutungsvollen Ereignissen auf die äußere und innere Gestaltung Deutschlands entscheidend eingewirkt. Seine Kanzlerschaft wird ihren Wert in der Entwicklung der Geschichte behalten. Merksteine seiner erfolgreichen Tätigkeit sind London und Locarno, wo unter seiner richtunggebenden Anteilnahme Verhandlungen stattfanden, die zur Sicherung des Völkerfriedens, zur politischen und wirtschaftlichen Förderung Deutschlands ein gutes Stück Wegs weitergeführt haben. Es ist mir ein Herzensbedürfnis, auch an dieser Stelle wärmste Anerkennung der aufopfernden, selbstlosen und unermüdeten Tätigkeit des Reichskanzlers Dr. Luther zum Ausdruck zu bringen.

Ich glaube mit der Meinung vieler Kreise dieses hohen Hauses übereinzustimmen, wenn ich annehme, daß bei der Zusammenfassung des neuen Kabinetts eine eingehende und umfassende Regierungserklärung nicht erforderlich erscheint. Deshalb darf ich mich auf wenige Worte beschränken.

#### Das Kabinett wird die bewährte Politik des Reiches weiterführen.

Diese Politik, die mit der Regelung der Reparationsfragen in London begann, sollte ihren Abschluß in den Verträgen von Locarno finden. Wir hoffen, daß die Verhandlungen der Studienkommission in Genf dazu führen werden, die Locarno-Verträge bald endgültig in Kraft zu setzen und Deutschland die Möglichkeit zu geben, als ständiges Mitglied des Völkerbundes an dessen großen Aufgaben mitzuarbeiten.

Der zwischen Deutschland und der Sowjetregierung geschlossene Vertrag fügt sich durchaus in diese Politik ein. Er ist ein Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und seinem großen östlichen Nachbarvolke und ein weiteres Glied in der Reihe der Verträge, die dem Frieden und der Festigung Europas dienen sollen. Obwohl keine verfassungsmäßige Verpflichtung hierfür besteht, wird der Vertrag angefertigt seiner Bedeutung dem Reichstag vorgelegt werden.

#### Schwere wirtschaftliche Not,

die sich insbesondere in der langdauernden und außergewöhnlich umfangreichen Arbeitslosigkeit äußert, lagert nach wie vor auf weiten Kreisen des deutschen Volkes. Hier Abhilfe zu schaffen, wird auch von der gegenwärtigen Regierung als vornehmste Pflicht betrachtet. Wenn ich nicht auf die Bedürfnisse und Wünsche der einzelnen Wirtschaftskreise und Berufskreise eingehe, so soll das nicht eine Geringschätzung darstellen. Wir werden ihnen bis an die Grenze des Möglichen entgegenzukommen stets bestrebt bleiben.

Zwei Fragen allerdings erfordern nach meiner Meinung eine besondere Erwähnung. Der Grund liegt in den Ereignissen der letzten Wochen. Ich weise zunächst auf den von der Mehrheit des Reichstags gefaßten Beschluß hin, der das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten zur Flaggenfrage begrüßt und im Einklang mit diesem Schreiben den Wunsch nach Herbeiführung einer Einigung zu lebendigem Ausdruck bringt. Die Reichsregierung wird mit ganzer Kraft daran gehen, die Wege, die das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten andeutet, einzuschlagen und das durch jenes Schreiben gesteckte Ziel zu erreichen. Selbstredend wird hierdurch Bestand und Durchführung der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 6. Mai d. J., deren Rechtsgültigkeit nicht bezweifelt werden kann, in keiner Weise berührt.

#### Ferner möchte ich die Frage der Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den vormals regierenden Fürstentümern

nicht unerwähnt lassen. Der Termin zum Volkstschied ist auf den 20. Juni anberaumt worden. Die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu dem

dem Volkstschied unterbreiteten Gesetzentwurf über die entschädigungslose Entelgnung der Fürsten erleidet durch die Umbildung des Kabinetts keine Veränderung. Die Reichsregierung wird deshalb auch den Gesetzentwurf, den die frühere Regierung gemäß einem Kompromißantrag der Regierungsparteien dem Reichsrat unterbreitet und den dieser in der vorigen Woche mit der verfassungsmäßigen Mehrheit angenommen hat, dem Reichstag zur weiteren Beratung zuleiten.

Die Reichsregierung bittet den Reichstag um seine Unterstützung in ihrem Bestreben, auf der Grundlage der republikanischen Weimarer Verfassung das Wohlergehen des deutschen Volkes in all seinen Teilen zu fördern und die Einheit des Reiches unter gleichzeitiger Achtung der Rechte der Länder zu schützen. Nur in engstem verständnisvollen Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Volksvertretung ist das erstrebte Ziel zu erreichen.

#### Die Aussprachen der Parteien.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Ausser war zweifellos eine starke Persönlichkeit. Wenn er dennoch scheiterte, so weil er die notwendige Führung mit dem Parlament nicht aufrechterhalten hat. Das sollte für alle folgenden Regierungen eine Lehre sein. Für alle guten Patrioten ist es erkranklich, daß die Flaggenfrage, die Frage des Symbols des Reiches, das ganze Volk so stark erregt hat. Im alten Kaiserreich war der großen Mehrheit des Volkes die Flagge schnuppe. (Widerpruch rechts.) Sie (nach rechts) denken nur an das Reich der Reichen, das Sie unter den Hohenzollern hatten. (Beifall links.)

Bei der Bildung des neuen Kabinetts sind die Parteiführer nicht gefragt worden. Das wird sich aber nicht vermeiden lassen, wenn man eine Regierung bilden will, die sich auf eine Reichstagsmehrheit stützt. Eine solche Mehrheitsregierung wird solange unmöglich sein, wie die Deutsche Volkspartei trotz aller platonischen Liebeserklärungen für die Große Koalition immer nur den Anschluß nach rechts sucht. Der letzte Vorschlag der Vereinbarungen mit dem Zentrum klingt doch so, als wollte man nur den Deutschnationalen zureden, um den Preis einiger Ministerposten nachträglich Locarno anzuerkennen. Wir sind durchaus einverstanden mit der Erklärung der Reichsregierung, daß sie die bisherige Linie der Außenpolitik weiter einhalten will. Wir wünschen den baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auch im Interesse einer schnelleren Durchführung der Rückwirkungen im besetzten Gebiet. (Abg. Graf Reventlow (Völk.) macht verschiedene Zwischenrufe, welche der Redner zurückweist. Als er darauf „Lüge“ ruft, erhält Graf Reventlow einen Ordnungsruf. — Rufe links: „Der ist ja krank!“ — Heiterkeit links.)

In der Flaggenfrage können wir uns nicht mit der Ankündigung des Ausschusses begnügen, der unter Zuziehung aller möglichen Verbände und von Historikern und Heraldikern die Normung und Ähpfung der Flaggen vornehmen soll. Wir werden einen Initiativgesetzentwurf einbringen, der bestimmt, wie geflaggt werden soll. Wir haben Zustimmungserklärungen für unsere Haltung von vielen Auslandsdeutschen erhalten, von Angestellten, Arbeitern und Werkmeistern. (Gelächter rechts.) Sie (nach rechts) lassen freilich die arbeitenden Deutschen nicht als Vertreter des Deutschtums, sondern nur als Parasiten gelten.

#### Reichsminister des Innern Dr. Rätz

gab als Vertreter des Reichswehrministers folgende Erklärung ab:

Nach den Presseberichten über die Verhandlungen im preussischen Landtag soll zwischen dem Nationalverband Deutscher Offiziere und den Sportverbänden eine Führerbesprechung stattgefunden haben. In einem Teil der Presse ist das so dargestellt, als ob zwischen Reichswehr und dem Nationalverband sowie den Sportverbänden eine Führerbesprechung stattgefunden habe. Demgegenüber ist festzustellen, daß zwischen dem Nationalverband Deutscher Offiziere und der Reichswehr Verbindungen nicht bestehen. Verbindung mit politischen Verbänden ist streng verboten, wenn dagegen verstoßen wird, wird eingeschritten.

Weiter soll ein Major v. Jedity-Wartenberg auf Privatdienstvertrag bei der Reichswehr angeheft sein und für Berlin Wittelsmann zwischen Verbänden und Reichswehr sein. Einen Major v. Jedity-Wartenberg gibt es bei der Reichswehr nicht.

Es wird behauptet, daß vor Einstellung in die Truppe das Vorliegen von Mitgliedsbüchern von bestimmten politischen Verbänden verlangt worden sei.

Zu meinem Bedauern habe ich feststellen müssen, daß in vereinzelten Fällen vor Einstellung von jungen Leuten in die Reichswehr von den betreffenden Truppenteilen bei Oberst v. Lud angefragt worden ist, ob der Betroffene sich in jeder Beziehung für die Reichswehr eigne. Oberst v. Lud war als Führer der Olympia bekannt. Die Olympia ist ein Verband im Sinne von § 88 des Wehrgesetzes. Die Anfrage bei Oberst v. Lud war unzulässig und verstößt gegen die bestehenden Vorschriften.

Im Interesse der Disziplin wird in diesen Fällen sichtsichtlos eingeschritten werden.

Schließlich ist noch der Aufmarsch des Sportvereins „Olympia“ am 1. Mai in die Erörterung gezogen worden, bei dem der Presse nahegelegt worden sei, die Unwesenheit der Reichswehroffiziere nicht zu erwähnen. Von der Reichswehr ist eine derartige Aufforderung an die Presse nicht ergangen. Wohl aber ist ausdrücklich nochmals ein Verbot der Teilnahme ergangen. Eine Teilnahme von Reichswehroffizieren ist nicht erfolgt.

Im übrigen wird das Reichswehrministerium, falls ihm das Material unterbreitet wird, gründliche Untersuchung der Fälle eintreten lassen.

#### Das Wichtigste ist der Potemkinfilm!

Abg. Graf Westarp (Dn.): An der Regierungserklärung war das Wichtigste das, was verschwiegen wurde. Wir hörten kein Wort über die Gefahren der bolschewistischen revolutionären Bewegung, über den unerhörten revolutionären Skandal des Potemkinfilms. In der Außenpolitik muß festgestellt werden, daß die in Genf Dr. Luther gegebenen Zusagen nicht gehalten worden sind. Von den Rückwirkungen im besetzten Gebiet ist nichts zu hören. Wir können eine Regierungspolitik nicht unterstützen, die den sozialdemokratischen Forderungen entgegenkommt und auf die Unterstützung der Sozialdemokraten angewiesen ist. In den Fällen, wo die Sozialdemokraten sich der Regierung verlagen, darf diese nicht damit rechnen, daß wir helfend einpringen. Die Mittelparteien, besonders das Zentrum, müssen endlich einsehen, daß nur ohne und gegen die Sozialdemokratie regiert werden kann, nicht aber gegen die Deutschnationalen und die hinter ihnen stehenden wirtschaftlichen und politischen Kräfte.

Abg. v. Gustarb (Z.) verliest eine Erklärung, wonach die Zentrumsfraction der neuen Regierung ihre Unterstützung zusagt und ihr das Vertrauen ausdrückt.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) erklärt das Vertrauen seiner Partei für die Regierung mit besonderer Betonung der Zustimmung zu der angekündigten Durchführung der Flaggenverordnung.

Abg. Scheller (Kom.) sagt dem neuen Kabinett den gleichen Kampf der Kommunisten an, welche diese gegen das bisherige Kabinett Luther geführt hätten.

Abg. Haas (Dem.) erklärte: Die deutsche demokratische Partei betrachtet die Erklärungen des Reichskanzlers als eine geeignete Grundlage zur Fortführung der Geschäfte und spricht der Regierung das Vertrauen aus. Die Partei begrüßt den festen Willen der Regierung, die bisherige Außenpolitik unverändert fortzuführen und hofft, daß die Verhandlungen über die Schaffung einer deutschen Einheitsflagge Erfolg haben werden. Die Schuld der Partei sei es nicht gewesen, wenn eine gesehliche Regelung der Fürstenabfindung nicht zustande gekommen sei.

Abg. Leicht (Wahr. Vp.) spricht der neuen Regierung als der Fortsetzung der früheren das Vertrauen seiner Partei aus. Von den Kommunisten und Bötschen sind Mißtrauensanträge eingegangen. In einfacher Abstimmung wird darauf ein Antrag des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei angenommen, der lautet:

Der Reichstag nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und geht über alle Anträge zur Tagesordnung über.

Gegen diesen Antrag stimmten die Bötschen und Kommunisten. Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme. Der Reichstag verlegte sich auf den 7. Juni.

#### Die Berliner Presse zur Regierungserklärung.

Die deutschnationalen Zeitungen nennen in ihren Kommentaren die gestrige vom Reichskanzler Dr. Marx abgegebene Regierungserklärung dürftig und inhaltslos. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt über die künftige Haltung der Deutschnationalen zu dem Kabinett, dessen Uebergangscharakter von dem Blatt nochmals betont wird: Die politische Rechte wird nicht nur auf der Wacht, sie wird auch auf dem Sprung stehen müssen. Sie hat die absolut klare und eindeutige Aufgabe, alle die Tendenzen zu unterstützen und ihrerseits zu verstärken, die dem Aufmarsch nach links widerstreben. Die tatsächliche Durchführung dieser Aufgabe wird von Fall zu Fall entschieden werden müssen. Die „Tägliche Rund-